Nr. 12 Dienstag, den 15. Januar 1918 32. Jahrgang.

# Paderborner Anzeiger

## Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark — — das Tausend ausschl. Postgebühren. — —

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 913

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Bahnhofstraße 13 — Fernruf

# Die Klärung der Lage. — Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.

## Es verlautet ...

**Vor grundlegenden Entscheidungen.**

A-dt. **Berlin**, 14. Januar.

Wir kommen aus der Nervosität nicht mehr heraus. Jeder Tag bringt neue Gerüchte, neue Vermutungen, und geringfügige oder bedeutsame Geschehnisse geben den Rahmen ab für ein mehr oder weniger anmutiges Spiel der Phantasie Berufener und Unberufener. Der Chronist kann solche Erscheinungen nicht übergehen, und wenn sie vielleicht im Augenblick ihrer Niederschrift auch durch die Ereignisse schon überholt sind, so ist es doch Pflicht, von ihnen Notiz zu nehmen, denn schließlich behalten sie bleibenden Wert als Zeugnisse einer sturmbewegten, kampfdurchtobten Zeit, in der Probleme ihrer Lösung entgegenharren, die weit in die Zukunft Deutschlands, Europas, ja der ganzen Welt hineinragen.

Die Tatsache, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Generalquartiermeister Ludendorff in der Hauptstadt weilen, war an sich schon geeignet, allerlei Vermutungen und Gerüchten einen ertragreichen Nährboden zu gewähren. Dazu kam aber, daß heute der amtliche Draht zu melden wußte, der Kaiser habe nicht nur mit ihnen und dem Reichskanzler längere Besprechungen gehabt, sondern auch den aus seinem Hauptquartier eingetroffenen Kronprinzen empfangen. Heute nachmittag soll ein Kronrat — oder zumindest eine Besprechung des Kaisers mit den leitenden Persönlichkeiten stattfinden und es ist eigentlich selbstverständlich, daß der Kronprinz hinzugezogen wird. Denn er ist der Erbe dieser Zeit und soll dereinst die Ernte verwalten und verwerten, die diese gewaltigen Jahre mit ihrem Glanz und ihrer Not, mit ihrem Ruhm und ihren Entbehrungen, mit ihren Siegen und mit ihren Leiden in die Scheuern des deutschen Vaterlandes gebracht haben. Die Anwesenheit des Kronprinzen ist aber zugleich ein Zeichen dafür, daß tatsächlich in diesen Tagen, vielleicht schon in der Stunde dieser Niederschrift Fragen von unübersehbarer Tragweite entschieden werden sollen. Soweit stimmen alle Pressemeinungen und alle Gerüchte überein: Wir stehen vor einer wichtigen, folgenschweren Entscheidung. Und auch darüber ist man sich so ziemlich einig, daß es sich um die endgültige Festlegung der Polenfrage handelt. Was ist natürlicher, als daß die allzeit kampfbereiten Federn von rechts und links aufeinander losfahren, obwohl eigentlich niemand weiß, um was es sich letzten Endes handelt. Wenn man den Stimmen der führenden Presse Glauben schenken darf, wird eine andere Lösung der Polenfrage erwogen. Man deutet auf eine neue Teilung Polens hin, die Deutschland Litauen mit Wilna, also etwa 2 Millionen Polen und zweimalhunderttausend Litauer eintragen würde. Dagegen erheben sich Stimmen von rechts und links. Die einen verlangen, man solle von Rußland nur soviel Land fordern, als zur „Grenzsicherung" (nach dem Gutachten der militärischen Sachverständigen) unbedingt notwendig ist, die anderen aber wünschen, daß wir von Rußland alles nehmen, was wir auf Grund der militärischen Lage und angesichts der Schwäche Rußlands bekommen können. In anderen Blättern wird darauf hingewiesen, daß eine solche Lösung der polnischen Frage nicht nur den Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann, sondern auch die Abdankung des Reichskanzlers Grafen Hertling zur Folge haben müßte; denn beide würden kaum eine Politik vertreten können, die der bisher verfolgten und durch die Reichstagsmehrheit am 19. Juli festgelegten so völlig entgegengesetzt ist.

Aber nicht allein um die Polenfrage soll es sich handeln. Man will an anderer Stelle wissen, daß auch der U-Bootkrieg erneut Gegenstand der Beratung sei. Und zwar handelte es sich um ein Entgegenkommen gegen Amerika, das angeblich „aus dem Kriege heraus will" und seine ganze Kriegsbereitschaft liquidieren würde, wenn der U-Boot-Krieg (der Grund des amerikanischen Eingreifens) aufgehoben oder wenigstens wesentlich eingeschränkt würde. Endlich — um nichts zu übersehen — soll angeblich in den Beratungen beim Kaiser sowohl die Antwort auf Lloyd Georges und Wilsons Reden beraten als auch ein völlig neues Kriegszielprogramm aufgestellt werden, das uns nicht nur im Osten, sondern auch im Westen wesentliche Raumgewinne sichert, während die Zukunft Belgiens — England anheimgestellt wird, das bereit sei, dafür die Kolonien herauszugeben.

Man sieht, Frau Fama ist außerordentlich geschäftig. Wer ohne jede politische Leidenschaft die Dinge betrachtet, wird vor allem inne, daß wir wieder einmal, wenn nicht inmitten einer Krise, so doch in einer Krisenstimmung leben, die wahrlich nicht als Ausfluß und Bild jener Einheit gelten kann, deren wir jetzt im Beginn der Entscheidungen auf dem Kriegstheater am allerwenigsten entbehren können. Im Augenblick kennt niemand den Kurs, und es wird, wie immer auch die Entscheidung fallen mag, eine Befreiung für das ganze Volk sein, wenn aus der Enge des Beratungszimmers im Schlosse das Ergebnis der Konferenzen amtlich mitgeteilt wird.

### Die Lage geklärt.

bl. **Berlin**, 15. Jan. Wie die „Post" mitteilt, ist die Entscheidung nunmehr gefallen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Leitung der auswärtigen Politik und der Heeresleitung wären auf dem Wege völlig freier Aussprache beseitigt worden; zugleich wäre eine Demarkationslinie zwischen der Zuständigkeit der beiden Ressorts vereinbart worden.

### Absage des Vatikans an Lloyd Georges und Wilson.

W. In englischen und französischen wie auch in italienischen Blättern war behauptet worden, beim Heiligen Stuhl hätten die jüngsten Reden des englischen Premierministers und des amerikanischen Präsidenten starke Wirkung gehabt. Erwägungen, ob diese Erklärungen sich mit der Auffassung des Papstes nicht deckten, seien im Gange.

Daß diese Behauptungen lediglich zur Stimmungsmache dienten, war sofort zu erkennen. Das bestätigt nun auch ausdrücklich das offiziöse Blatt des Vatikans, der „Osservatore Romano". Das Blatt schreibt, der Heilige Stuhl beabsichtige nicht, von der Richtlinie der völligen und strengen Unparteilichkeit abzugehen, die er seit Kriegsbeginn innegehalten habe. Dies werde er auch angesichts der jüngsten diplomatischen Schritte und Erklärungen des englischen Premierministers und Wilsons nicht tun. Damit ist deutlich genug gesagt, daß die Lloyd George und Wilson kein Recht haben, sich auf den Vatikan als Gesinnungsgenossen zu berufen.

## Vertagung in Brest-Litowsk.

**Debatte über das Selbstbestimmungsrecht.**

**Brest-Litowsk**, 14. Januar.

Die am 11. d. Mts. gebildete deutsch-österreichisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. drei lange Sitzungen ab.

**Die Räumung der besetzten Gebiete.**

Im Verlaufe der Verhandlungen lehnte Trotzki ab, in dem Vertrage auszusprechen, daß die Völker entschlossen seien, „fortan in Frieden und Freundschaft zu leben", weil das nach — seiner Meinung — lediglich eine Phrase sei.

**Im Verlaufe der weiteren Besprechung wurde festgestellt, daß Einvernehmen darüber herrsche, die Räumung der von den beiden kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen, derart, daß die Räumung des besetzten russischen Gebiets an die Räumung der von Rußland besetzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zu knüpfen sei.**

Die Besprechung über den Zeitpunkt der Räumung der besetzten Gebiete, über den eine völlige Übereinstimmung nicht herbeigeführt wurde, wurde abgebrochen.

**Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.**

Eine lange Debatte entspann sich dann über das Verlangen Trotzki's, daß in den besetzten Gebieten eine Abstimmung der Völker stattfinden sollte. Staatssekretär Kühlmann führt dazu u. a. aus:

**„Die russische Regierung hat, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle in Rußland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Rußland derart ausgeübt haben, daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden können."**

Trotzki beharrte auf seinem Standpunkt, daß er die deutsche Auffassung ablehnen müsse, wonach sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete bereits durch Abstimmung geäußert hätten. Nach Verlauf einer eingehenden staatsrechtlichen Debatte über die Voraussetzungen für das Selbstbestimmungsrecht, bei der Trotzki behauptete zwischen der deutschen Erklärung vom 25. Dezember und von der vom 27. Dezember bestehe ein Widerspruch und ferner fragte, weshalb die Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen, wenn sie das Recht haben soll, über Gebietsteile zu bestimmen.

**Staatssekretär v. Kühlmann**

erklärte darauf: Der Herr Vorredner habe sich darüber beklagt, daß wir hier noch keine Vertreter der besprochenen Nationen bei den Verhandlungen haben.

**Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch nach seiner Ansicht diese Volksindividualitäten nunmehr geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so bin ich meinerseits bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von seiten der russischen Delegation gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.**

Graf Czernin trat diesen Ausführungen bei. Er wünscht aber zu wissen, in welcher Weise die Auswahl der Vertreter getroffen werden soll, wenn russischerseits die in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

**Vertagung.**

Noch einmal nahm dann General Hoffmann das Wort um zu erklären:

**Die russische Delegation spricht mit uns, als ob Sie siegreich in unserem Lande ständen und uns Bedingungen diktieren könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind — das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet! —**

**Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.**

**Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben.**

**Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.**

**Trotzki bat darauf um Vertagung, damit die russische Delegation sich mit ihrer Regierung in Verbindung setzen könne.**

**Die Verhandlung wurde vertagt. Eine neue Sitzung ist noch nicht anberaumt.**

### Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

TU. **Berlin**, 15. Januar. Wie das „B. T." erfährt, sind die Verhandlungen in Brest Litowsk gestern nachmittag wieder aufgenommen worden. Auch heute nachmittag wird eine Sitzung der Delegierten stattfinden.

## Deutscher Heeresbericht.

**Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.**

**Großes Hauptquartier**, 14. Januar.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.** Die Feuertätigkeit blieb tagsüber meist auf Störungsfeuer beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders beiderseits von Lens, war sie am Abend gesteigert. — Aufklärungsabteilungen drangen südöstlich von Armentières und nördlich von La Vacquerie in die englischen Gräben und machten Gefangene.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.** Abgesehen von erfolgreichen Erkundungsgefechten in der Gegend von Juvincourt und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

**Östlicher Kriegsschauplatz.**

Nichts Neues.

**Macedonische Front.** Westlich vom Chrida-See, am Dobropolje und südwestlich vom Dojran-See Artillerietätigkeit.

**Italienische Front.** Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

wtb. **Berlin**, 14. Jan., abends. (Amtlich.) **Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.**

### Fliegerleutnant Max Müller †.

**Der bayerische Fliegerleutnant Max Müller, Ritter des Ordens Pour le mérite, ist bei der Jagdstaffel Boelcke in der Nähe von Cambrai nach seinem 38. Luftsieg infolge Flugzeugfehlers tödlich verunglückt und so unbesiegt für das Vaterland gefallen.**

Leutnant Max Müller stammt aus Niederbayern und war ehemals Klempnergeselle. Vor zehn Jahren trat er als Rekrut beim 1. Infanterie-Regiment König in München ein, wo er bereits im ersten Jahre zum Unteroffizier befördert wurde. Bei Kriegsausbruch wieder eingerückt, ging er zur Fliegertruppe über, wo ihm ein glänzender Aufstieg beschieden sein sollte. Auf einstimmigen Vorschlag seines Offizierkorps zum Vizefeldwebel befördert und zum Offizierstellvertreter ernannt, wurde er in den ersten Tagen des September 1917 wegen hervorragender Tapferkeit vor dem Feinde vom König von Bayern zum aktiven Offizier im Fliegerbataillon befördert und fast gleichzeitig, am 5. September, erhielt er aus Anlaß seines 27. Luftsieges den Orden Pour le mérite. Im Herzen des Volkes wird der Name Müller fortleben als der eines Heldenkämpfers.

# Der U-Boot-Krieg.

## 21000 T. von einem U-Boot versenkt.

TU. Berlin, 15. Jan. (Amtlich.) Neue U-Booterfolge. Eines unserer U-Boote hat unter schneidiger Durchführung des Oberleutnants zur See Lohs letzthin im Aermel-Kanal 5 Dampfer und 3 Fischerfahrzeuge mit rund 21000 Tonnen versenkt, eine Leistung, die um so bemerkenswerter ist, als die Erfolge von einem kleinen U-Boot in einem Seegebiet erzielt wurden, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark ist.

Alle Dampfer, mit Ausnahme eines, waren bewaffnet und tief beladen. Es konnten namentlich festgestellt werden der englische bewaffnete Dampfer „Jolarce" (3091 T.), sowie der bewaffnete englische Tankdampfer „Area" (4339 T.), der in schneidig durchgeführtem Angriff aus einem stark gesicherten Tankdampfer Geleitzuge herausgeschossen wurde. Die versenkten Fischdampfer führten die Namen: „Gratitude" (Bm 25), „Varuna" (Bm 413) und Bm 210.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Zunehmender Frachtraummangel.

Die Besprechung der Frachtraumfrage in der englischen Presse konzentriert sich der Sachlage entsprechend mehr und mehr auf die Frage der Neubauten, während die Bedeutung des neutralen Frachtraums und der Zuwachs durch die beschlagnahmte deutsche Handelstonnage in den Hintergrund treten. „Daily Telegraph" stellte vor einiger Zeit fest, daß wahrscheinlich trotz aller Prophezeiungen nur 1 Million Tonnen Frachtraum im Jahre 1917 fertiggestellt worden sei. Selbst wenn man diese Ziffer auf 1½ Millionen Tonnen erhöht, entspricht sie nicht annähernd den englischen Erwartungen. Auch die Enttäuschung über das Mißlingen des amerikanischen Schiffbauprogrammes kommt in der englischen Presse wieder lebhaft zum Ausdruck. Das Geständnis des Premierministers Lloyd George, daß er sich bezüglich der Überweisung amerikanischen Frachtraums an England geirrt habe und daß infolgedessen seine Berechnungen eine Änderung erfahren hätten, wird peinlich empfunden.

### Eine amtliche englische Lügenmeldung.

Am 9. Januar hat die englische Funkenstation gemeldet, das Lazarettschiff „Rewa" mit Verwundeten an Bord sei ohne Warnung torpediert und im Bristol-Kanal versenkt worden. Hinzugefügt war: „Die Admiralität teilt amtlich mit, daß das Schiff nicht in der sogenannten Sperrzone war und gewesen ist, die in der Bekanntmachung der deutschen Regierung vom 29. 1. 1917 bezeichnet wurde."

Da in dieser Mitteilung eine amtliche Erklärung der britischen Admiralität enthalten ist, wird von amtlicher deutscher Stelle hierzu erklärt, daß das Lazarettschiff, wie inzwischen festgestellt worden ist, nicht von einem deutschen U-Boot torpediert worden ist. Vielmehr besteht hohe Wahrscheinlichkeit, daß es auf eine vor kurzem im Bristol-Kanal von uns gelegte Minensperre gelaufen ist. Daß die deutsche Regierung keinerlei Gewähr für die Sicherheit der Schiffahrt gegen Minen innerhalb der Sperrgebiete übernommen hat, dürfte hinlänglich bekannt sein. Der Charakter der englischen Ausstreuungen kennzeichnet sich hiernach von selbst.

## Kleine Kriegspost.

**Berlin**, 14. Jan. Die wirtschafts- und handelspolitischen Verhandlungen in Petersburg haben noch kein Ergebnis gehabt, da sie ja auch vom Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk abhängen.

**Wien**, 14. Jan. Beppino Garibaldi hat die Bildung und Führung eines neuen Freikorps übernommen. Seine Freischar soll sich ausschließlich aus jenen Studenten der italienischen Universitäten zusammensetzen, die als minderwertig bisher vom Militärdienst befreit waren.

**Rotterdam**, 14. Jan. Im hiesigen Hafen erfolgte die Ausschiffung der im Austausch gegen englische Kriegsgefangene gestern abend aus England eingetroffenen deutschen Offiziere und Mannschaften. Der Bürgermeister hielt eine herzliche Ansprache.

**Washington**, 14. Jan. Staatssekretär Lansing sagte in einer Rede, die Verbündeten müßten um der Menschheit willen siegen und sie würden siegen.

# Vom Tage.

### Indien ruft um Befreiung.

*Vt.* Das indische Nationalkomitee in Stockholm sandte an die ukrainische Zentralrada in Kiew sowie nach Brest-Litowsk in deutscher Sprache ein Telegramm, in dem es das ukrainische Volk als das größte der bisher unterdrückt gewesenen europäischen Völker bittet, mit allem Nachdruck bei den Friedensverhandlungen für die Unabhängigkeit Indiens einzutreten und die Ukraine davor warnt, sich durch die falschen englischen Darstellungen über die angebliche Zufriedenheit des indischen Volkes mit der Herrschaft der Engländer irreleiten zu lassen. Solange Irland und Ägypten in der Sklaverei des englischen Raub- und Angriffsunternehmens festgehalten werden, sei kein dauernder Friede möglich.

### Irische Freiheit.

*Vt.* Die sofortige Lösung der irischen Frage wird in der jüngsten von der „Gesellschaft der Freunde irischer Freiheit" an alle ausländischen Gesandt[illegible] in Stockholm mit Ausnahme der englischen [illegible] Note verlangt. Wie England die „irische Freiheit" auffaßt, erhellt aus einer Rede, die Graf Plunkett in einer Ansprache zu Dublin hielt. Der Graf erklärte, daß England Irland seiner Lebensmittel zu berauben drohe, die das Land für seine Bevölkerung notwendig brauche. Die Iren würden Mangel leiden müssen, wenn sie diese Lebensmittel nicht im Land behielten. Es sei deshalb Aufgabe der Iren, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel im Lande bleiben, wenn nötig mit Gewalt.

Inzwischen fabrizieren die Lloyd George, Churchill und Genossen immer aufs neue Redensarten vom Erlösungswerk der Engländer an „unterdrückten" Völkern.

### Turati für einen Vernunftfrieden.

*Vt.* Der Führer der offiziellen Sozialisten Italiens, Turati, erklärte einem Journalisten, an den Ausführungen Lloyd Georges sei das Bedeutsamste, daß sie ein Ausdruck der seit kurzem in England eingetretenen Strömung sei, die die Notwendigkeit eines baldigen Vernunftfriedens einsehe. Turati hofft, die italienische Regierung werde sich bald zu ähnlichen Erklärungen bereitfinden.

Allzu viel von einer vernünftigen Auffassung der Lage ist bisher bei den italienischen Machthabern nicht zu bemerken gewesen. Turatis Hoffnung steht also vorläufig auf schwachen Füßen.

### Montenegrinische Minister unterwerfen sich.

*Vt.* Aus dem österreich-ungarischen Kriegspressequartier erfährt man, daß der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Versovic sich mit seinen Anhängern, unter welchen sich auch der gewesene montenegrinische Justizminister Miloslaw Rajesvic befindet, beim Bezirkskommando Andrejevica gestellt und daselbst die Waffen abgeliefert hat. Die Minister und ihre Begleiter werden, da sie sich innerhalb der von den österreich-ungarischen Behörden gesetzten Frist gestellt haben, der beim Geburtstag Kaiser Karls erlassenen Amnestie gemäß, begnadigt.

Ob nun die immer noch von der Alliiertenpresse herumgetragenen Erfindungen über erheblichen Widerstand in Montenegro verstummen werden?

# Politische Rundschau.

## Deutsches Reich.

✚ Über das Thema „Neue Wege im Reiche und in Preußen" sprach Unterstaatssekretär Dr. Schiffer in Bromberg. U. a. hob er hervor: Die Wahl des Offizierkorps, die Besoldung usw. seien neu zu regeln. Das Belagerungsgesetz habe gänzlich versagt und müsse geändert werden. Eine große Rolle würde in Zukunft die Frage der Völkerbündnisse, der Schiedsgerichte, der Abrüstung usw. spielen und im Zusammenhang damit die Freiheit der Meere, die wir sichern müßten, denn unser ganzes Wirtschaftsleben sei auf dem Welthandel aufgebaut. Weiter ging der Redner auf die Reform des preußischen Wahlrechts ein und stellte eine Reihe von Grundsätzen auf, die dafür sprachen. Neue Wege, meinte er, seien auch auf dem Gebiete der Verwaltungsreform einzuschlagen; die Verwaltung müsse verjüngt und die Instanzen verringert werden; hierdurch würden auch zugleich Kräfte erspart. Die Justizverwaltung könne ebenfalls vereinfacht werden.

# Kriegs-Chronik

### Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

**13. Januar.** Zeitweilig erhöhte Feuertätigkeit in Flandern, in der Champagne, auf den östlichen Maashöhen und in den mittleren Vogesen. In Luftkämpfen werden an der Westfront sechs feindliche Flugzeuge und drei Fesselballone abgeschossen. — Der Kaiser empfängt den Reichskanzler und den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zum Vortrag.

**14. Januar.** In Flandern bleibt die Feuertätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt. — An der macedonischen Front Artillerietätigkeit. — In Brest-Litowsk führt die Aussprache über die Gebietsräumung im Osten zu scharfen Auseinandersetzungen.

### Österreich-Ungarn.

× Das Ergebnis der siebenten ungarischen Kriegsanleihe übersteigt nach den endgültigen Feststellungen 3600 Millionen Kronen. Die durch die bisherigen ungarischen Kriegsanleihen aufgebrachte Summe beträgt damit über 15 Milliarden. Der König hat aus Anlaß des glänzenden Ergebnisses der Kriegsanleihe an den Ministerpräsidenten Wekerle ein sehr herzliches Dankschreiben gerichtet.

### Rußland.

× Mit den Vorarbeiten zur Schaffung einer allgemeinen Bundesrepublik soll sich eine Konferenz befassen, zu der der Petersburger Rat der Volkskommissare die Regierungen der selbständigen Republiken des ehemaligen Zarenreiches eingeladen hat. Der von der bolschewistischen Regierung ausgearbeitete Entwurf sieht die Bildung eines Staatenbundes nach dem Muster der Vereinigten Staaten vor. Die Vertreter der Ukraine, Estlands, Livlands, der Wolgarepublik, der Kaukasusrepublik und Sibiriens haben ihre Teilnahme zugesagt.

**Berlin**, 14. Jan. Der Reichskanzler wird seine Rede im Hauptausschuß um einige Tage verschieben, bis sich der Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk genauer übersehen läßt.

**Berlin**, 14. Jan. Der preußische Städtetag hielt unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth-Berlin eine Vorstandssitzung ab, die sich mit der Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege beschäftigte.

**Berlin**, 14. Jan. Die Besprechungen der Finanzminister über den nächstjährigen Haushaltsausschuß haben volle Übereinstimmung in der Beurteilung der Gesamtlage ergeben.

**Wien**, 14. Jan. Die Mitglieder des polnischen Regentschaftsrates und Ministerpräsident v. Kucharzewski sind mit ihrer Begleitung heute nachmittag nach Warschau abgereist.

**Genf**, 14. Jan. Die „Humanité" protestiert energisch gegen die bevorstehende Verhaftung Caillaux', dessen Anwesenheit in der Kammer Herrn Clemenceau nur unangenehm sei.

**Genf**, 14. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Lissabon werden die an den letzten Ereignissen beteiligten Angehörigen der Marine, sofern ihre schlechte Haltung erwiesen ist, aus der Marine entfernt werden.

# Der preußische Wahlrechtsausschuß.

(3. Tag.) h. Berlin, 14. Januar.

Zunächst führte ein freikonservativer Redner Bedenken über die Wahrung der deutschen Interessen in der Ostmark bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts aus und forderte Aufschluß über die Absichten der Regierung in bezug auf das Gemeindewahlrecht.

Minister des Innern Dr. Drews antwortet, am Gemeindewahlrecht sei eine plutokratische Entwicklung eingetreten, deshalb müsse es geändert werden, aber nicht ohne weiteres nach dem Muster des Landtagswahlrechts. Einzelheiten könne die Staatsregierung noch nicht angeben, denn die Voraussetzung dafür müßten außerordentlich gründliche Vorarbeiten sein.

Ein nationalliberaler Redner spricht sein Bedauern aus, daß die Regierung wiederum keine Auskunft gegeben habe, wie sie sich die Gestaltung der Verhältnisse im Osten denke. Die Bedenken gegen ein gleiches Wahlrecht müßten noch verstärkt werden, wenn ein selbständiges Königreich Polen entstehe. Scharf wendet sich der Redner gegen die letzthin getane Äußerung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums über die Lähmung des Siegeswillens. Es sei unverständlich, wie man sagen könne, durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts werde der Siegeswille gelähmt.

Dr. Friedberg und die Nationalliberalen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg wendet sich gegen die Auslegung und Kritik seiner Worte

# Freigesprochen.

20) Vaterländischer Familien-Roman von Ludwig Butzer.

(Nachdruck verboten).

„Der Herr Major Berger!" meldete die Kammerzofe.

„Ich lasse den Herrn Major bitten," erwiderte die Baronin.

„Meinen ergebensten Respekt, meine sehr verehrten Damen!" grüßte der eintretende Major mit höflicher Verbeugung. „Ich verursache doch keine Störung?"

„Bitte sehr, Herr Major", erwiderte die Baronin, ihm die Hand reichend. „Ihr Besuch ist uns nur angenehm. Sie treffen uns heute allein; mein Vater und Robert sind nach der Stadt gegangen, dürften aber bald zurückkehren. Herr Major besuchten uns seit mehreren Tagen nicht mehr. Macht sich die gegenwärtige politische Krisis wohl schon dienstlich bemerkbar?"

„Nicht im geringsten, gnädigste Frau Baronin. Ich war mit gewöhnlichen Arbeiten stark beschäftigt."

„Fräulein Irma muß leider in den nächsten Tagen wieder nach Hause," bemerkte die Baronin.

„Wirklich?" Das tut mir aber leid," sagte Berger. „Es wird doch hoffentlich niemand bei Ihnen erkrankt?"

„Nein, Herr Major. „Ich habe ja die von meinem Großvater bestimmte Frist bereits überschritten. Vorgestern waren es acht Wochen, seit ich hier bin."

„Was, schon acht Wochen? Diese Zeit ging aber rasch vorüber," sagte Berger nachdenklich.

„Wollen wir uns nicht auf den Balkon begeben, Herr Major?" sagte die Baronin; „es ist dies ja Ihr Lieblingsplätzchen."

„Gnädigste sind sehr liebenswürdig; ich bin mit diesem Vorschlage natürlich vollkommen einverstanden."

Auf dem Balkon angekommen, fuhr die Baronin fort: „Ich werde Irma sehr vermissen. Der Urlaub meines Cousins läuft übermorgen ebenfalls ab; da wird es auf Villa Nonnenzut wieder recht einsam werden."

„Gnädige Frau kommen wohl selten von hier fort? Daß Sie wenig Sehnsucht nach einer sogenannten Sommerfrische haben, ist begreiflich; denn einen reizenderen Ort als Ihr Heim dürften Sie in landschaftlicher Hinsicht schwerlich finden. Wien oder München würde Ihnen zuweilen doch eine Abwechslung bieten."

„Mein Vater mag nicht fort. Alte Leute klammern sich bekanntlich am Gewohnten fest und scheuen jede Veränderung. Auch ich vermisse das großstädtische Leben wenig. Daheim ist's doch am schönsten."

„Sie haben recht, gnädige Frau, daheim ist's am schönsten," sagte Berger, und sein tiefes Organ klang eigentümlich weich.

„Herr Major entschuldigen, wenn ich Sie einige Augenblicke mit Irma allein lasse?" sagte die Baronin zu dem in Gedanken Versunkenen. „Ich habe noch einiges nachzusehen, bevor die beiden Herren kommen."

„Bitte recht sehr; lassen sich Gnädigste durchaus nicht abhalten," erwiderte Berger, sich höflich verneigend. Und sich an Irma wendend, fuhr er fort: „Gnädiges Fräulein versprachen mir neulich, als wir uns in der Stadt begegneten, mir Ihr Photographiealbum zeigen zu wollen; dürfte ich Sie an dieses Versprechen erinnern?"

„Gewiß, Herr Major. Das Album ist aber durchaus nichts besonderes, und die Bilder dürften Ihnen größtenteils unbekannt sein. Ich will es aber sogleich herbeiholen."

„Sehr liebenswürdig, gnädiges Fräulein."

„Eine Photographie von Ihnen, Herr Major, würde mich besonders freuen", sagte Irma, als sie zurückkam und Berger das Album reichte. „Auch meine Mutter und Großvater interessieren sich sehr für Sie. Haben Sie vielleicht ein Bild zur Verfügung?"

„Es freut mich ungemein, daß Sie mein Bild zu besitzen wünschen; leider aber kann ich momentan nicht damit dienen. Ich habe mich seit etwa neunzehn Jahren nicht mehr photographieren lassen. Sobald ich aber dazu komme, werden Sie ganz sicher mein Bild erhalten. Sie sagen, Ihre Frau Mutter und Herr General interessieren sich für meine Wenigkeit. Wie kommt das, gnädiges Fräulein?"

„Sie interessieren sich, weil mein Bruder so oft von Ihnen erzählte. Herr Major waren doch Georgs Lehrer im Kadettenkorps?"

„Ja, und ich hatte Ihren Bruder immer sehr gerne."

„Meine Angehörigen möchten Georg zu gerne als Leutnant sehen; sie hoffen bestimmt, daß er mit mir kommen wird. Kann mein Bruder in den nächsten Tagen wohl einen kurzen Urlaub erhalten, Herr Major?"

„Gewiß, mein Fräulein. Seine Beurlaubung steht ja in meiner Kompetenz. — Das ist wohl Ihre Frau Mutter?" fragte er dann, in den Anblick jenes Bildes versunken.

„Ja, das ist meine Mutter. Woraus schließen Sie das?"

„Sie sieht Ihnen sehr ähnlich. Nase, Mund und der Schwung der Augenbrauen sind dieselben. Wie alt ist das Bild schon?"

„Etwa drei Jahre. Meine Mutter sieht aber heute noch genau so aus wie damals; sie bleibt sich immer gleich."

„Da ist ja eine Handzeichnung — Schloß Bickenried . . . sehr hübsch! Wer hat das gezeichnet?"

„Mein Bruder. Kennen Sie Bickenried, Herr Major?"

„Ja, ich war aus dienstlicher Veranlassung ein paarmal in Ihrer Heimat. Es hat mir sehr gut gefallen dort. Auch Irsee, das etwa zehn Minuten von Bickenried entfernt liegt, ist ein freundlicher Ort. Sie haben wohl dort die Volksschule besucht, gnädiges Fräulein?"

„Ja, die ersten vier Jahre; dann kam ich ins Kloster nach Kaufbeuren."

„Ich habe Irsee noch lebhaft im Gedächtnis. Es liegt halb im Tale, halb auf einer beträchtlichen Anhöhe, und man hat von der kleinen Kirche aus, die der Friedhof umgibt, eine prächtige Aussicht. Am unteren Markt befindet sich in einem ehemaligen Benediktinerkloster eine Irrenanstalt. Nach Norden zu schweift das Auge über Laub- und Nadelwaldungen hinweg in eine endlose Ferne."

„Das freut mich, daß Sie meine Heimat so gut kennen, Herr Major. Wenn Sie wieder in diese Gegend kommen, müssen Sie uns aber besuchen. Ich bitte Sie recht darum."

„Wenn ich wieder dorthin komme — gewiß!" sagte Berger mit auffallendem Nachdruck. „Von Ihrem Herrn Großvater haben Sie wohl keine Photographie?"

„Leider nicht, zuhause haben wir sein Bild als Oberst. Es ist ein altes Porträt auf Glas."

(Forts. folgt.)

durch den Vorredner. Er habe gesagt: „Wenn die Vorlage nicht zustandekommt, wird in den Volkskreisen, die diese Vorlage am meisten wünschen und das Hauptinteresse daran haben, eine große Enttäuschung entstehen und diese Enttäuschung könnte dazu beitragen, in diesen Kreisen den Siegeswillen abzuschwächen." Das halte er aufrecht. Die Kritik des Vorredners, der etwas ganz anderes gesagt habe, sei so unfreundlich gewesen, wie er, Dr. Friedberg, es von einem politischen Freunde nicht erwartet habe. Selbstverständlich würdige die Regierung die Schwierigkeiten im Osten. Aber auch ein Pluralwahlrecht würde diese Folge nicht vermeiden, und über ein Pluralwahlrecht sei im Sommer beinahe eine Verständigung der Mehrheitsparteien erfolgt. Er könne dem Vorredner nicht darin zustimmen, daß den Polen der Kampf angesagt werden müsse. Die Frage, warum die Vorlage während des Krieges eingebracht sei, könne nicht ewig behandelt werden jetzt gilt es, an die Arbeit zu gehen.

Von konservativer Seite wird gesagt, daß es ein Zeichen des Bankerotts einer Regierung sei, wenn sie die Feinde zu gewinnen und die Freunde vor den Kopf zu stoßen suche. Daran schließt der Redner die Bemerkung, man könne abwarten, ob diese Bankerotterklärung schon jetzt ausgesprochen werden solle.

**Aus der Nachmittagssitzung ist hervorzuheben, daß ein konservativer Mittelstandsabgeordneter seine unbedingte Gegnerschaft gegen die Vorlage zum Ausdruck brachte. Sie werde mit Naturnotwendigkeit zur Demokratisierung der Gemeinden führen, und man werde dann sagen müssen: Finis Borussiae! (Das Ende Preußens!)**

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach man vornehmlich über die Rückwirkung des gleichen Wahlrechts auf die Ostmark. Regierung und Nationalliberale sprachen sich übereinstimmend für eine Ostmarkenpolitik aus, die das Deutschtum in jeder Weise zu fördern geeignet sei, ohne jedoch das Polentum zu schädigen. Die Nationalliberalen haben jedoch Bedenken, ob sich eine solche Politik bei gleichem Wahlrecht durchführen lassen werde.

Das Zentrum tritt für eine Verbindung der drei Vorlagen ein und wird daher für ein Mantelgesetz stimmen. Im übrigen befürchtet das Zentrum, daß durch das gleiche Wahlrecht die konfessionelle Volksschule gefährdet werden könnte.

Nach dieser Aussprache wurde die Weiterberatung auf Donnerstag nachmittag vertagt.

# Lokaler Teil

**Merkblatt für den 16. Januar.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Sonnenaufgang | 8⁰⁰ | Mondaufgang | 9⁰⁰ V. |
| Sonnenuntergang | 4¹⁴ | Monduntergang | 9⁰¹ N. |

1851 Österreichischer Staatsmann Stefan Frhr. Burian v. Rajecz geb. — 1858 Afrikareisender Eugen Zintgraff geb. — 1901 Maler Arnold Böcklin gest. — 1906 Internationale Marokkokonferenz in Algeciras.

□ **Preisregelung für Auslandswaren.** Zur Unterbindung von Preistreibereien beim Weiterverkauf der aus dem Auslande eingeführten Web-, Wirk- und Strickwaren werden künftig Anträge auf Einfuhrbewilligung, die der Reichsbekleidungsstelle zur Begutachtung zugehen, nur dann befürwortet werden, wenn sich der Einführende verpflichtet, die Waren nur mit bestimmten begrenzten Preisaufschlägen weiterzuverkaufen und auch seinen Abnehmern, soweit sie nicht Selbstverbraucher sind, eine entsprechende Verpflichtung aufzuerlegen. An die gleiche Bedingung wird die Befürwortung der Anträge auf Freigabe solcher Waren geknüpft werden, deren Einfuhr von der Einfuhrabteilung der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft in Bern mit der Maßgabe bewilligt wurde, daß die Waren zunächst unter Zollkontrolle zu halten und nur dann freizugeben sind, wenn der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung dies verfügt. Endlich wird auch die Befürwortung von Anträgen auf Genehmigung neuer Käufe, soweit solche überhaupt in Frage kommen, von der Übernahme dieser Verpflichtung abhängig gemacht werden. Die Verpflichtungen sind von der einführenden Firma mittels eines Verpflichtungsscheines A, von deren Abnehmern mittels eines Verpflichtungsscheines B zu übernehmen. Soweit Anträge auf Einfuhrbewilligung oder auf Freigabe von unter Sperrvermerk zur Einfuhr bewilligten Waren der Reichsbekleidungsstelle zurzeit vorliegen, werden die Antragsteller zur Abgabe einer entsprechenden Verpflichtungserklärung nach Verpflichtungsschein A aufgefordert werden. Der Verpflichtungsschein ist in zweifacher Fertigung auszustellen und an die Reichsbekleidungsstelle Abteilung L für Aus- und Einfuhr, Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1, einzusenden. Für Waren, deren Einfuhr erst beantragt werden soll, empfiehlt es sich, die Verpflichtungserklärung im voraus abzugeben, damit Verzögerungen in der Behandlung der Einfuhranträge vermieden werden. Die Abgabe einer einheitlichen Verpflichtungserklärung für mehrere Sendungen oder allgemein für alle künftig während des Bestehens der Einfuhrverbote einzuführenden Waren ist zulässig. Letzterenfalls ist der Verpflichtungsschein handschriftlich entsprechend abzuändern.

* **Herabsetzung der Tabakskontingente.** Wie die Deutsche Tabakszeitung meldet, sind laut Beschluß des Arbeiter-Ausschusses der Deutschen Tabakshandelsgesellschaft und unter Zustimmung der Reichskommissare vom 1. Februar ab die Kontingente bei Zigarren-, Kau- und Schnupftabaksherstellung von 60 auf 40 %, bei Rauchtabaksherstellung von 50 auf 40 % herabgesetzt.

* **Die bevorstehende Herabsetzung der Getreidepreise.** In der letzten Zeit finden sich in der Presse hin und wieder Notizen über die für den 1. März 1918 vorgesehene Herabsetzung der Getreidepreise um 100 Mark für die Tonne, nach denen in den beteiligten Kreisen die Meinung zu herrschen scheint, daß diese Preisherabsetzung nur als Drohung ins Auge gefaßt worden sei, möglicherweise aber nur in gemilderter Form oder gar nicht eintreten werde. Diese Ansicht ist durchaus unzutreffend, wie amtlich festgestellt wird. Vielmehr ist die am 1. März 1918 eintretende Herabsetzung der für Getreide, Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchte zurzeit geltenden Höchstpreise um je 100 Mark für die Tonne gesetzlich bereits festgelegt worden. Die Landwirte haben sich also unbedingt darauf einzurichten, daß der Preisabschlag mit dem 1. März eintritt; es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, soviel wie möglich bis zu diesem Zeitpunkt abgeliefert zu haben.

o **Eine Millionenorganisation im deutschen Fleischergewerbe?** Wie die Deutsche Fleischerzeitung zu melden weiß, sind in Berlin Bestrebungen im Gange, in Gemeinschaft mit den großen Wurst- und Fleischkonservenfabriken eine Fleischversorgungs-Akt.-Ges. mit angeblich 40 Millionen Mark Grundkapital zu gründen.

## Paderborner Stadtchronik

### Paderborner Konsumenten-Vereinigung.

An der Sitzung vom 11. d. M. beteiligte sich, wahrscheinlich infolge des ungünstigen Wetters, nur eine geringe Zahl von Vorstandsmitgliedern. Der gegenwärtige Stand der Lebensmittel-Versorgung wurde eingehend besprochen, wobei der Vorsitzende wiederum nachdrücklich betonte, daß die Haushaltungen mit ihren Kartoffelvorräten unter allen Umständen auskommen müßten, weil eine noch-


**Wer ererbten Goldschmuck dem Vaterlande gibt, entweiht nicht, sondern ehrt das Andenken der Toten. Auf zur Goldankaufsstelle!**

Die Goldankaufsstelle befindet sich im Rathause und ist jeden Mittwoch nachmittag von 3—6 Uhr geöffnet.


malige Belieferung ausgeschlossen sei. Leider ließen die gelieferten Zusatz-Kartoffeln viel zu wünschen übrig, sie zeigten sich stark anfällig und müßten daher alsbald verbraucht werden. — Bei Besprechung der Milchversorgung wurde darauf hingewiesen, daß die Belieferung der Kinder und Kranken vielfach noch mangelhaft wäre; die Steigerung der Milchpreise sei eine Schraube ohne Ende, wobei teils die Landwirte, teils die Händler die treibenden Kräfte wären. Der Milchmangel würde noch dadurch gesteigert, daß infolge der Futternot viele Ziegenhalter genötigt wären, ihre Tiere abzuschlachten. Hierbei kam auch die Rede auf den Verkauf des städtischen Wiesengrases, wobei bemängelt wurde, daß große Mengen städtischen Heues zum Nachteil der heimischen Kleintierzüchter in die benachbarten Gemeinden abgingen. Zu fordern sei daher, daß beim städtischen Grasverkauf zunächst die hiesigen Einwohner und vorweg die kleinen Leute berücksichtigt würden. Auch sei es nicht zu billigen, daß das Gras einfach dem städtischen Fuhrpark überwiesen würde, wenn beim Verkauf der vorher festgesetzte Preis nicht erreicht werden könnte. Von einem Beamten-Vertreter wurde darauf hingewiesen, daß die Stadt die größte Grundbesitzerin innerhalb unserer Feldmark und daher wohl imstande sei, eine eigene Viehzucht einzurichten, um einen Teil der Einwohnerschaft, namentlich die Säuglinge, mit Milch zu versorgen. Angesichts der großen bevölkerungs- und kommunal-politischen Bedeutung dieser Frage bedürfe sie einer ernsten Erwägung. — Bei Besprechung der Fettversorgung wurde es als eine empfindliche Benachteiligung der Kreis-Eingesessenen bezeichnet, daß in Bad Lippspringe z. Zt. 1400 Kurgäste wöchentlich mit je 250 Gramm Butter beliefert werden müßten. Der ohnehin räumlich begrenzte Kreis Paderborn, von dessen Gesamtfläche etwa 28 000 Morgen auf den Uebungsplatz Senne entfielen, sei landwirtschaftlich nicht so gestellt, um solche Lasten zu tragen. Da außerdem die Lippspringer Kurgäste zum weitaus größten Teile aus anderen Kreisen und Landesteilen kämen, so sei es recht und billig, daß diese zur Versorgung der Kurgäste mit herangezogen würden. — Bei Erörterung der Kohlenversorgung wurde darüber Klage geführt, daß trotz rechtzeitiger Anmeldung noch immer manche Leute nicht beliefert worden seien, während andere über den gewöhnlichen Bedarf hinaus mit Kohlen versehen wären. Ferner sei es auffällig, daß hier die Petroleum-Einheit auf ein Sechstel Liter bemessen wäre, wohingegen in verschiedenen anderen Städten ein Liter zur Ausgabe gelangte.

‡ **Missionsfest.** Statt der an Epiphanie üblichen Missionsfeier wird in der Franziskanerkirche am Sonntag, den 20. Januar, ein außergewöhnliches Missionsfest veranstaltet. Gerade in der Kriegszeit muß der Missionsgedanke mit besonderem Nachdruck betont werden, damit wir bei den eigenen Sorgen der Sorge für das Reich Gottes auf Erden nicht vergessen. Das Missionswerk draußen ist vielfach zerstört, überall schwer geschädigt, und große Aufgaben harren unser nach dem Kriege auf den Missionsfeldern. Dafür müssen wir in der Heimat uns jetzt schon rüsten. Zahlreiche Missionsfeste werden allenthalben begangen, um neuen Eifer für die Missionssache zu wecken. Auch der kommende Sonntag soll etwas dazu beitragen. Die Feier beginnt mit einem Hochamt für die Wohltäter der Missionen. In der hl. Messe um 8¼ Uhr ist die erste Missionspredigt, die 2. um 10 Uhr und eine dritte in der Nachmittagsandacht. Um 10 Uhr und des Nachmittags predigt der Indianermissionar P. Ludwig Wand. Nachmittags um 5 Uhr findet im Saale des Bürgervereins eine außerkirchliche Missionsfeier statt mit Vorträgen, Deklamationen und Gesang, den der Domchor ausführt. Den Hauptpunkt des Programms wird der Lichtbildervortrag des Indianermissionars bilden. P. Ludwig Wand ist der Begründer der Mission unter den Mundurukú-Indianern am oberen Tapajoz (Nebenfluß des Amazonas). Zur Bestreitung der Kosten und zum Besten der Missionen werden an der Kasse 30 Pfg. Eintrittsgeld erhoben. Für reservierte Plätze werden Karten zu 1 ℳ vorherverkauft bei Junfermann. Schulpflichtige Kinder möge man, um für die Erwachsenen Platz zu gewinnen, nach Möglichkeit fernhalten. Die außerkirchliche Feier wird Montagabend wiederholt. — Mit dem Feste wird auch eine Missions-Paramentenausstellung verbunden. Sie befindet sich ebenfalls im Bürgerverein in dem großen Zimmer rechts vor dem Saale. Die Ausstellung ist von Sonntag bis Mittwoch mehrere Stunden täglich für alle geöffnet. Zum Besuche des Festes und der Ausstellung wird freundlichst eingeladen. Näheres folgt noch im Anzeigenteil des Blattes.

— **Die Lebensmittelkartenausgabe** beginnt morgen Mittwoch. Wir verweisen besonders auf die heutige Bekanntmachung.

* **Die beiden D-Züge** Aachen—Paderborn—Berlin, die unsere Stadt nachmittags nach 1 und nach 5 Uhr berühren, fallen ab heute vorübergehend aus.

)( **Ein heftiger Sturm** hat gestern abend eingesetzt, der zahlreiche Bäume beschädigte und den Drahtverkehr beeinträchtigte. Der Sturm hielt heute vormittag bei steigender Temperatur in unvermindeter Stärke an.

= **Nachdem der Schuhanfertigungskursus** auf's beste verlaufen ist, wird der Vaterländische Frauenverein den Frauen und Mädchen Paderborns Gelegenheit geben, eine neue bewährte Methode von Strumpfflickerei zu erlernen. Vorläufig sind zwei Nachmittage angesetzt (siehe Inserat), an denen in dieser neuen Methode unterrichtet werden soll; auf Wunsch können noch einige Nachmittage folgen. Die Versammlungen finden bei Görtz nachmittags ½3 Uhr statt.

— **Mit der Gestaltung der Pelzpreise** beschäftigte eine Notiz unserer Berliner Korrespondenz in der Freitagsnummer. Aus der Notiz, die unter Vermischtes stand, geht schon hervor, daß der Detailhandel nicht der Genannte war, ihm ist daher auch keinerlei Schuld an dem hohen Stand der Preise beizumessen. Ganz besonders hat das Paderborner Kürschnergewerbe keinen Anteil an den Ursachen der gesteigerten Pelzpreise, was wir hiermit gern feststellen. (Wiederholt.)

= **Stabsveterinär Juhl** der Ersatz-Eskadron Husaren-Regiment Nr. 8 wurde zum Oberstabsveterinär befördert.

* **Zum Leutnant befördert** wurde Lehrer Georg Hohmann aus Paderborn.

Ж **Hövelhof,** 14. Jan. In wie raffinierter Weise der Schleichhandel ausgeübt wird, zeigt folgender Vorfall. Heute morgen gewahrte unser Gendarmeriewachtmeister Bodden auf einem Dienstgange, wie der Landwirt F. von hier auf seinem Hofe ein Jauchefaß füllte. Nachdem die Füllung vorgenommen war, trat der rührige Beamte hinzu und untersuchte den Inhalt, worauf das Fleisch einer geschlachteten Kuh zutage gefördert wurde. Dies war für eine Wirtschaft im benachbarten Sennelager bestimmt.

## Lippspringe.

L. **Das andauernde Schneewetter** zwingt einen großen Teil unserer Kurgäste von größeren Spaziergängen Abstand zu nehmen. Im Gebirge liegen große Massen Schnee und der Wintersport würde mächtig emporblühen, wenn wir nicht im Kriege uns befänden. Die Zufuhr nach der Egge usw. stockt aber auch infolge der Verkehrsstockungen, die unsere Straßenbahn heimsuchte. Durch den Schnee und seine Wirkungen ist die Verbindung mit Externsteine und Horn schon seit Tagen unterbrochen, was den durchfahrenden Reisenden oft eine unangenehme Ueberraschung darstellt, die wohl oder übel ab Schlangen oder Kohlstädt zum Wanderstab greifen müssen, um zum Bahnhof Horn zu gelangen.

# Vermischtes

o **300 Hektar Neuland,** das sogenannte Borkumer Watt in Ostfriesland sind jetzt der Kultur erschlossen worden. Bis vor wenigen Jahren zogen noch die Wellen über das Land hinweg, es fuhr dort der Fischer mit seinem Schlickschlitten, jetzt wird dort bereits gepflügt und gesät. Große und kleine Kanäle sorgen für die Entfernung des Wassers, das in mächtigen Röhren in den Vorflutkanal geleitet wird. Das neugewonnene Land soll sich für den Gemüse- und Kartoffelbau eignen.

o **Gasvergiftung in einer Pension.** Infolge einer Gasvergiftung starb in einer Berliner Pension der Bürgermeister Weißenborn aus Halberstadt, der zuletzt als Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern beschäftigt war.

o **Elefantenwurst.** Als wirkliche Kriegsopfer müssen die Elefanten angesehen werden. Die Leipziger haben vor kurzem den schon sehr bejahrten Elefanten des Leipziger Zoo verspeist, die Speisekarte eines Chemnitzer Gasthauses verzeichnet leckere Gerichte, die aus dem Fleisch eines vor einigen Tagen überfahrenen und dann getöteten Elefanten Hagenbecks bereitet sind, und in Magdeburg ist jetzt wegen Futtermangel einer der drei Elefanten des Zirkus Corty Althoff abgeschlachtet und an einen Fleischer verkauft worden, der ihn zu Elefantenwurst verarbeiten will.

o **Warenschmuggel aus Polen.** In Oberschlesien treiben aus Polen kommende Personen unlauteren Handel mit geschmuggelten Waren, z. B. Butter, Speck, Wurst, Südfrüchten, Gewürzen, Tabak, Seifen usw. Wie Ermittelungen ergeben haben, sind die Waren durchweg minderwertig, zum Teil durch Lagern verdorben, und ungenießbar. Die Butter enthält meist neben Weißquark über 60 % Wasser. Sie wird, wie auch die anderen Waren, vielfach in ekelerregender Weise nach Deutschland eingeschmuggelt. Ebenso minderwertig ist die Seife, die keinen Fettgehalt hat. Die Fleischwaren sind auf Trichinen nicht untersucht worden. Die geforderten Preise übersteigen den Wert der Ware um ein vielfaches. Es wird darauf hingewiesen, daß die Waren nur unter Umgehung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften gehandelt werden und somit der Ankauf solcher Waren strafbar ist. Das Kriegswucheramt wird alle einschlägigen Waren beschlagnahmen.

**Ehrensalven über ein Frauengrab.** Mit allen militärischen Ehren wurde in Rostock eine hochbetagte Dame zur letzten Ruhe bestattet, das im 85. Lebensjahr verstorbene Fräulein Elise Wille. Sie hatte sich während des Krieges von 1870/71 der Militärbehörde zur Verfügung gestellt. Als dann die ersten Schwerverwundeten, namentlich Bayern, eintrafen, hat sie als Pflegerin im Universitäts-Krankenhause, das als Lazarett diente, mit größter Pflichttreue ihres Amtes gewaltet. An Auszeichnungen besaß die Verstorbene das Mecklenburgische Militärverdienstkreuz, das Bayerische Militärverdienstkreuz, die Feldzugsmedaille und die Zentenarmedaille.

**Vierzig Stunden zwischen Tod und Leben.** Von der Nordseeküste wird dem Hamburger Fremdenblatt geschrieben: Furchtbare Stunden auf hoher See in einem kleinen Rettungsboot hat vor einigen Tagen der Kapitän Nielsen des norwegischen Handelsdampfers „Kronsond" erlebt. Der Dampfer war in englischem Auftrag mit einer Ladung Kohlen nach Rouen unterwegs. Abends gegen 10 Uhr wurde das Schiff auf hoher See von einem deutschen U-Boot gesichtet, das sofort zum Angriff schritt. Ein Torpedotreffer verursachte eine furchtbare Kesselexplosion; das Schiff brach auseinander und sank innerhalb weniger Minuten. Kapitän Nielsen, der rechtzeitig in ein Rettungsboot flüchten konnte, trieb dann unter unsäglichen Leiden die Nacht über, den ganzen folgenden Tag, die zweite Nacht und den anderen Vormittag als Spielball der Wellen bei Sturm und großer Kälte ohne Schutz und Nahrung umher. Nach vierzig Stunden wurde das Boot mit dem fast leblosen, todkranken Kapitän von dem norwegischen Dampfer „Borgli", den ein U-Boot auf seinem Kurs gejagt hatte, entdeckt und an Bord genommen, wo er wieder zu sich kam.

# Letzte Nachrichten.

### Vor der Kanzlerrede.

**Berlin, 14. Jan. Die kommende Kanzlerrede wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, eine ausführliche Beantwortung der letzten Ententereden bringen. Graf Hertling wird darauf hinweisen, daß Lloyd George, um gewisse Kreise in England zu beschwichtigen, diesmal zwar eine mildere Tonart angeschlagen habe, daß aber im übrigen seine Rede eine Annäherung an die Friedensziele der Mittelmächte nicht bedeute.**

### Landtagswahl in Koblenz.

**Koblenz,** 14. Jan. Bei der heutigen Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Koblenz 3 entfielen sämtliche abgegebene 417 Stimmen auf Verbandsdirektor Dr. Tewes-Essen (Zentr.). Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

### Falschmeldungen über Polen.

**Berlin, 14. Jan. Gegenüber Zeitungsmeldungen, daß eine Änderung in der Auffassung über die Entwicklung Polens eingetreten sei, erfahren wir, daß in dem bisherigen Gang der Angelegenheit sich nichts geändert hat.**

### Anerkennung der Republik Finnland.

**Wien,** 14. Jan. Gestern erschien eine finnische Abordnung hier im Ministerium des Äußeren, das von der Mitteilung der Unabhängigkeitserklärung Finnlands Kenntnis nahm. Auf Ersuchen der Deputation sprach das Ministerium namens der Monarchie die Anerkennung der selbständigen finnischen Republik aus.

### Autoverbindung Helsingfors—Riga.

**Stockholm**, 14. Jan. Russische Blätter melden, daß von Helsingfors aus eine Autoverbindung mit Riga eingerichtet werden soll. Die von Soldaten gelenkten Automobile würden Riga mit Rohstoffen pflanzlichen und tierischen Ursprungs und mit Lebensmitteln versehen. Riga werde im Austausch dänische Erzeugnisse aller Art, Farben und Schuhwerk liefern.

### Verstärkung der Roten Garde.

**Kopenhagen**, 14. Jan. Die Petersburger Rote Garde ist erheblich verstärkt worden. Zahlreiche Arbeiter haben Befehl erhalten, in diese „Garde" einzutreten.

### Petersburg von Südrußland abgeschlossen.

**Stockholm**, 14. Jan. Petersburg ist seit einigen Tagen ohne jede Postverbindung mit Südrußland. Die meisten Telegraphenleitungen sind unterbrochen.

### Finnische Revolutionstribunale.

**Kopenhagen**, 14. Jan. Nach einer Helsingforser Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat die finnische Regierung die sofortige Errichtung von Revolutionstribunalen angeordnet.

### Strömung gegen König Ferdinand.

**Wien**, 14. Jan. Nach einer Meldung der politischen Korrespondenz aus Sofia spielen sich gegenwärtig in Jassy entscheidende antidynastische Kämpfe ab. Die Strömung gegen den König Ferdinand nimmt von Tag zu Tag zu. Die Stellung des Kabinetts Bratianu ist viel zu schwach, um dem König eine hinreichende Stütze zu bieten.

### Englischer Kommandowechsel in Flandern.

**Genf**, 14. Jan. „Echo de Paris" meldet aus London, daß außer den bereits erfolgten Veränderungen im englischen Generalstabe in Flandern noch ein wichtiger Personenwechsel bevorstehe. In Paris heißt es, daß Clemenceau den Rücktritt Haigs durchgesetzt habe.

### Waffensendungen nach Irland.

**Haag**, 14. Jan. In der letzten Woche ist wiederholt festgestellt worden, daß angeblich harmlose Postpakete, die von England nach Irland gesandt wurden, Feuerwaffen und Munition enthielten. In Liverpool wurde dadurch eine Explosion verursacht. Der englische Postminister hat infolgedessen die Untersuchung sämtlicher Paketsendungen nach Irland angeordnet.

### Das gefährdete Kabinett Clemenceau.

**Genf**, 14. Jan. Die hier eingetroffenen Berichte der Pariser Blätter über die letzte Sitzung der französischen Kammer lassen klar erkennen, daß die Sozialisten einen großen allgemeinen Ansturm gegen Clemenceau versuchten, der jedoch diesmal noch scheiterte.

### Ministerwechsel in Griechenland.

**Athen**, 14. Jan. Der Verpflegungsminister Empiricos ist zurückgetreten. Es scheint sich zu bestätigen, daß General Danglis zum Generalissimus ernannt werden wird. Venizelos soll die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen und ein Unterstaatssekretariat des Krieges schaffen, um sich von der Verwaltungsarbeit zu entlasten.

### Die Griechen wollen nicht.

**Schweizer Grenze**, 14. Jan. Dem „Berner Tagblatt" wird aus Athen gemeldet: Die von Venizelos versuchte Heranziehung griechischer Truppen zum Frontdienst ist gänzlich gescheitert. In Larissa ist es zu einer großen Kundgebung gegen den Krieg gekommen. Es fällt auf, daß auch die Kreter, die sonst Venizelos sehr ergeben sind, sich bei den ablehnenden Truppen befinden.

### Unruhen in Spanien.

**Haag**, 14. Jan. Wie aus Madrid gemeldet wird, haben in Valencia und Barcelona große Unruhen stattgefunden. Es ist in beiden Städten ein Generalstreik ausgebrochen.

## Nach Redaktionsschluß eingegangen.

### Die übertriebenen Gerüchte.

wtb. **Berlin**, 15. Januar. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die Mitteilungen über einen heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangten. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. Es wird gemeldet, daß der Staatssekretär v. Kühlmann und der Botschafter Graf Bernstoff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

### Ein Dementi der Nordd. Allgem. Zeitung.

TU. **Berlin**, 15. Januar. In der Presse wurde vielfach die Meldung gebracht, Deutschland verlange von Rußland auf 15 Jahre zollfreie Einfuhr von Waren. Wie die Nordd. Allgem. Ztg. erfährt, handelt es sich bei diesen Gerüchten um unwahre Ausstreuungen oder böswillige Erfindungen, die die darauf berechnet seien den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk zu stören.

### Neue Empfänge beim Kaiser.

wtb. **Berlin**, 15. Januar. Der Kaiser empfing gestern vormittag den Kronprinzen, den Reichskanzler und Generalfeldmarschall von Hindenburg.

## Bekanntmachung.

Nach § 49 des Reichs-Militärgesetzes ist den zum aktiven Heere gehörenden Militärpersonen die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt. Unter Bezugnahme auf diese Vorschrift verbiete ich auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 allen politischen Vereinen, namentlich Wahlvereinen, ohne Unterschied der Partei, jede Tätigkeit, die auf Werbung von Mitgliedern im Heere und in der Marine abzielt.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder bis zu 1500 Mark Geldstrafe bestraft.

**Münster**, den 8. Januar 1918.

**Der kommandierende General:**
Frhr. v. Gayl.

## Bekanntmachung.

### Die Brot-, Fett-, Eier- u. Zuckerkarten

werden wie folgt ausgegeben:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| am 16. d. M. | vormittags | für die Polizei-Reviere | 1, 9 u. 8, |
| | nachmittags | „ „ „ „ | 2, 10 „ 8, |
| „ 17. | vormittags | „ „ „ „ | 3, 11 „ 15, |
| | nachmittags | „ „ „ | 4, 12 „ 15, |
| „ 18. | vormittags | „ „ „ „ | 5, 13 „ 16, |
| | nachmittags | „ „ „ „ | 6, 14 „ 16, |
| „ 19. „ | „ vormittags | das Polizei-Revier | 7. |

Die Zugehörigkeit zu einem Polizei-Revier ist aus der Aufschrift der Brotkartenhülle zu ersehen. Steht z. B. auf einer Brotkartenhülle „Hauptnummer 270/7", so bedeutet die Nebennummer 7 die Nummer des Reviers.

Ausgabezeit von 8½—1 Uhr vormittags und 2½—6 Uhr nachmittags. Ausgabestellen wie bisher.

Die Ausgabezeiten sind genau innezuhalten; Abfertigung außer der Reihe findet nicht statt.

**Paderborn**, den 14. Januar 1918.

**Die Polizei-Verwaltung.**


**Flaschen-Sammlung**

Es wird gezahlt für ½

Sekt
Weißwein
Rotwein
Brunnen
Flaschen St. 12 Pfg.

für halbe Flaschen genannter Sorten St. 6 Pfg.

**Annahme nachmittags von 1—5 Uhr.**

**Westfäl. Kaufhaus Paderborn.**

Für die Sommerreise bestimmte

**Garderobenstücke**

reinigt schnellstens und billigst

Färberei
**Galluschke**
Waschanstalt.
Paderborn, Westernstraße 28.
Detmold, Langestraße 29.

**National Kontrollkassen**

mit Totaladdition zu kaufen gesucht. Off. u. J. W. 1354 a. d. Geschäftsst. des Paderborner Anzeigers.



Druck, Verlag u. Redaktion von Martin Wagner Paderborn.


# Bekanntmachung

**Nr. A. 15330. B. P. S.,**

## betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln aller Art und Drainageröhren aus Ton.

**Vom 15. Januar 1918.**

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß jede Zuwiderhandlung gegen die Beschlagnahmevorschriften nach § 6 *) der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) und jede Zuwiderhandlung gegen die Meldepflicht nach § 5 **) der Bekanntmachung über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 604) bestraft wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) untersagt werden.

§ 1.

### Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von der Bekanntmachung werden betroffen sämtliche vorhandenen und neu erzeugten Mengen von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen und Dachziegeln aller Art, insbesondere gebrannte Tonsteine, Kalksandsteine, Schwemmsteine, Schlackensteine, Zementsteine), welche als Vor- oder Hintermauersteine, Hartbrandsteine, Klinker, Verblender, poröse Steine, Decken- und Lochsteine, Formsteine, Dachziegel Verwendung finden können, außerdem Drainageröhren aus Ton.

§ 2.

### Von der Bekanntmachung betroffene Personen und Betriebe.

Von der Bekanntmachung sind betroffen sämtliche natürliche und juristische Personen, gewerbliche und landwirtschaftliche Unternehmer, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände, die die im § 1 genannten Gegenstände erzeugen oder mit ihnen handeln.

§ 3.

### Beschlagnahme.

Die von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (§ 1), die sich im Besitz von durch die Bekanntmachung betroffenen Personen oder Betrieben befinden (§ 2), werden hierdurch beschlagnahmt.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr berührten Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Trotz der Beschlagnahme sind alle Veränderungen und Verfügungen zulässig, die durch einen Freigabeschein mit dem Stempel des Kriegsamtes, Bauten-Prüfstelle, gestattet sind.

Der Freigabeschein kann durch ordnungsgemäße Ausfuhrbewilligung des Herrn Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung ersetzt werden.

§ 4.

### Meldepflicht.

Die von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände unterliegen einer Meldepflicht.

Die erste Meldung ist über den bei Beginn des 1. Februar 1918 tatsächlich vorhandenen Bestand an meldepflichtigen Gegenständen bis zum 10. Februar 1918 zu erstatten.

Die ferneren Meldungen sind über die am ersten Tage eines jeden ungradzahligen Monats (März, Mai, Juli, September, November usw.) vorhandenen Bestände bis zum zehnten Tage des betreffenden Monats zu erstatten.

Die Meldungen sind an die Kriegsamtstelle zu richten, in deren Bereich die zu meldenden Gegenstände sich befinden.

Die Meldung hat in doppelter Ausfertigung auf vorgedruckten Meldebogen zu erfolgen, die von der für die Meldung zuständigen Kriegsamtstelle anzufordern sind.

§ 5.

### Lagerbuchführung.

Jeder Meldepflichtige (§ 2) hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem die verschiedenen Steinsorten nach Menge, Größe und Beschaffenheit zu ersehen sind. Zu- und Abgang muß aus dem Lagerbuch ersichtlich sein, ebenso der Empfänger und die Nummer des Freigabescheines.

§ 6.

### Ausnahmen.

Trotz der Beschlagnahme ist gestattet Verkauf und Verbrauch von Mauersteinbruch sowie von:

Formsteinen bis zu 500 Stück,
Dachziegeln bis zu 1000 Stück,
Drainageröhren bis zu 500 Stück,
den anderen im § 1 bezeichneten Gegenständen bis zu 5000 Stück

in einem Kalendermonat für eine Baustelle.

§ 7.

### Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge sind zu richten:

1. für Bauten der Marineverwaltung an das Reichsmarineamt, Berlin W. 10, Königin-Augustastr. 38—41,
2. für Bauten der preußischen Heeresverwaltung an das Königlich Preußische Kriegsministerium, Bauabteilung, Berlin SW. 68, Zimmerstr. 87,
3. für Bauten der preußisch-hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Berlin W. 9, Voßstr. 35,
4. für alle andern Bauten an die zuständige Kriegsamtstelle.

§ 8.

### Inkrafttreten der Bekanntmachung.

Die vorstehende Bekanntmachung tritt am 25. Januar 1918 in Kraft.

**Münster**, den 5. Januar 1918.

**Das Königliche stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps.**

**Der kommandierende General:**

**Frhr. von Gayl,**
**General der Infanterie.**

Lo R Nr. 300.

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, bestraft:

1. . . . . ;
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

**) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder wer vorsätzlich die Einsicht in die Geschäftsbriefe oder Geschäftsbücher oder die Besichtigung oder Untersuchung der Betriebseinrichtungen oder Räume verweigert, oder wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft; auch können Vorräte, die verschwiegen worden sind, im Urteile als dem Staate verfallen erklärt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Auskunftspflichtigen gehören oder nicht.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.